

Gäste:	Redezeit (jeweils einschließlich der von Anne Will gestellten Fragen; gerundete Werte)
Volker Kauder (Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion)	23,5 Minuten (46,1%)
Roland Berger (Unternehmensberater)	8,5 Minuten (16,7 %)
Edgar Most (Bankdirektor a.D.)	4,5 Minuten (8,8 %)
Oskar Lafontaine (Vorsitzender DIE LINKE)	8 Minuten (15,7 %)
Dirk Hirschel (Chefökonom DGB)	6,5 Minuten (12,7 %)

Nr.	Zeit	Dauer	Anne Will	Gäste	Kommentar
1	00:00	3'33"	Begrüßung und einführender Film über den von „Europa“ beschlossenen „Schutzschirm“ für die Banken.		
2	3:33	5'21"	„Herr Kauder, soweit Sie das wissen, was hat die Bundesregierung vor, um die Banken zu stützen?“	Kauder informiert über das von der Bundesregierung geplante „Rettungspaket“.	
3	8:54	2'00"	„Ist das, Herr Berger, der Weg aus der Krise?“	Berger bejaht und schlägt noch weitergehende Staatshilfen vor.	
4	10:54	2'29"	„Herr Lafontaine, nun hat Herr Kauder schon angedeutet, dass das Ganze sehr schnell verabschiedet werden soll [...]. Stimmen die Linken dann zu?“	Lafontaine hält die geplanten Maßnahmen für unvermeidlich. Darüber hinaus müsse man der drohenden Rezession entgegentreten mit einer Erhöhung von Renten, Sozialtransfers und Löhnen sowie vorgezogenen Investitionen.	
5	13:23	2'43"	Kauder wird gefragt, ob es ein Konjunkturprogramm in Höhe von 20 Mrd. Euro geben werde.	Kauder steht einem Konjunkturprogramm, das „einfach wahllos in den Konsum ginge“ „außerordentlich vorsichtig“ gegenüber, hier seien „Mitnahmeeffekte“ zu befürchten. Besser seien baldige „Entlastungen“, etwa durch eine Senkung der Krankenkassenbeiträge um 9 Mrd. €	Prof. Sinn lässt grüßen.

6	16:06	2'02''	Will möchte von Most wissen, ob er die von Kauder dargelegten „Rettungspläne“ für überzeugend halte.	Most bejaht und befürwortet ebenfalls ein Konjunkturprogramm.	
7	18:08	2:00	Will fragt Hierschel nach seiner Meinung über die Pläne der Bundesregierung.	Hierschel meint, man müsse zunächst die konkrete Ausgestaltung der geplanten Maßnahmen abwarten. Er fordert die Teilverstaatlichung von Banken als „Gegenleistung“ für in Anspruch genommene Staatshilfen. Der Staat müsse direkten Einfluss auf die Geschäftspolitik der Banken nehmen, „die jetzt das Unheil mit angerichtet haben“. Auch Hierschel ist für ein Konjunkturprogramm.	Die von Hierschel vertretene Auffassung, die Geschäftspolitik hilfsbedürftig gewordener Banken sei der Kontrolle des Staats zu unterwerfen, ist angesichts der aktuellen Krise der Finanzmärkte zum mindesten diskussionswürdig. Dieses Thema wird jedoch von Anne Will nicht oder doch nur indirekt behandelt: Sie lenkt die Aufmerksamkeit des Publikums auf die angebliche Inkompetenz der Politik (Nr.8).
8	20:08	3'05'	„Herr Kauder, Sie haben gleich eingehakt, das sei kein Geschäftsmodell mehr, sprich, das wollen Sie auf keinen Fall.“	Kauder meint, man könne sich nicht „einfach so“ an den Banken beteiligen. Beabsichtigt seien gesetzliche Eingriffe in die Rechte der Eigentümer wie insbesondere „entsprechende Gehaltsregelungen“. Nach den schlechten Erfahrungen mit den Landesbanken steht Kauder einer Einflussnahme der öffentlichen Hand auf das „operative“ Bankgeschäft „ausgesprochen vorsichtig“ gegenüber: Die Politiker sollten nicht so tun, als ob sie „alles besser könnten“.	Aus den Spekulationsverlusten der Landesbanken folgert Kauder ohne weitere Begründung, Staat und Politiker seien ganz allgemein unfähig, Banken zu kontrollieren. Warum stellt Anne Will hier keine kritische Rückfrage? Im Gegenteil, sie widmet ein Gutteil der verbleibenden Sendezeit einer erstaunlich unverhüllt gestalteten Werbung für Kauders Sicht der Dinge (Nr.8, Nr.9, Nr.10, Nr.12, Nr.14). Übrigens erwähnt Kauder selbstverständlich nicht, dass die ursprünglich als regional tätige Förderbanken konzipierten Landesbanken erst durch entsprechende politische Entscheidungen auf das Feld der Spekulationen gelenkt und entsprechenden Renditeerwartungen ausgesetzt worden sind (siehe Nr.12).
9	23:13	2'20''	Will möchte von Berger wissen, was er	Für Berger wäre es „ein Unglück“, wenn der	

			von Hilmar Koppers Ansicht halte, gefährdete Banken seien zu verstaatlichen.	Staat „sich heute zumuten würde, Banken zu managen“. In der gegenwärtigen Krise brauche man „wirklich gestandene Bank-Manager“, nicht etwa Politiker, die „möglicherweise auf Versorgungspositionen geschoben werden“.	
10	25:33	1'29"	<p>Will meint, auf die Frage „ob denn der Staat tatsächlich der bessere Banker wäre“ könne man antworten mit der „Geschichte der staatlichen und halbstaatlichen Banken in der Bundesrepublik“ und „der dort etablierten Kontrolleure“, die „keine Erfolgsgeschichte“ sei.</p> <p>Ein Filmbeitrag wird eingespielt: Lafontaine fordere schon seit Jahren „mehr Kontrolle für das Finanzwesen“, Er wird zitiert: „Eine demokratische Gesellschaft setzt die Kontrolle wirtschaftlicher Macht voraus.“ - Der Sprecher fragt darauf: „Aber läuft es wirklich besser, wenn der Staat sich bei den Banken einmischt und Politiker die Kontrolle übernehmen?“ Als Negativbeispiele werden die Vorgänge bei Landesbanken, IKB und KfW aufgezählt. „Großkontrolleur Lafontaine“ habe als Mitglied des Verwaltungsrats der KfW bei der Lehman-Krisensitzung gefehlt und „lieber“ in Bayern Wahlkampf gemacht.</p>		<p>Anne Will verkündet mit merkwürdiger Selbstverständlichkeit die jedenfalls in dieser Allgemeinheit nicht haltbare These, die „Geschichte der staatlichen und halbstaatlichen Banken“ sei „keine Erfolgsgeschichte“.</p> <p>Die sich anschließende „Reportage“ führt Lafontaine als pflichtvergessenen „Großkontrolleur“ vor. Die Suggestivfrage „Aber läuft es wirklich besser, wenn der Staat sich bei den Banken einmischt und Politiker die Kontrolle übernehmen?“ liegt ganz auf der Linie von Kauders Argumentation (Nr.8).</p>
11	27:02	2'02"	„Herr Lafontaine, hat Sie die Geschichte mit der Überweisung [der KfW an Lehman Brothers] nicht so richtig interessiert, oder warum waren Sie nicht da?“	<p>Lafontaine erklärt zunächst, entgegen seinem Votum habe die KfW die privatwirtschaftliche, vom BDI geleitete IKB mit Milliardenbeträgen gestützt, obgleich die IKB keine systemrelevante Bank sei.</p> <p>Auf seine Teilnahme an der fraglichen Sitzung des KfW-Verwaltungsrats sei es nicht</p>	<p>Bevor er zur Sache Stellung nehmen kann (Nr.12), wird Lafontaine genötigt, sein persönliches Verhalten in einer eher nebensächlichen Angelegenheit zu rechtfertigen.</p>

				angekommen. Auch habe er sich gegen den Verkauf der sanierten IKB ausgesprochen, die Vorhaltungen seien daher unberechtigt.	
12	29:04	0'26"	Fragt Lafontaine, ob Politiker gute Kontrolleure seien? Ob man das etwa anhand der Landesbanken und der KfW „überzeugend“ nachweisen könne?	Lafontaine antwortet, die heute so geschätzten Sparkassen stünden schließlich unter der Kontrolle von Politikern. Die Landesbanken seien ebenfalls ein „Hort der Stabilität“ gewesen, bis ihnen seitens der Politik erlaubt worden sei, sich an der Spekulation zu beteiligen. Es handle somit sich nicht um ein Problem der Kontrolle.	Siehe auch Nr.10 und Nr.11.
13	29:30	2'16"	„Herr Kauder!“	Kauder bekennt, ein „leidenschaftliche Anhänger der Sparkasse“ zu sein, nie sei er für die Privatisierung der Sparkassen gewesen. Der Bundesregierung sei es zu danken, dass die Berliner Sparkasse als solche bewahrt worden sei.	Kauder vermeidet es trotz seiner offenbar doch fundamental gegensätzlich Überzeugungen (siehe Nr.8), auf Lafontaines Ausführungen über die funktionierende Kontrolle der Sparkassen seitens der öffentlichen Hand (Nr.12) einzugehen.
14	31:46	2'22"	„Herr Hierschel, sind Politiker [...] die besseren Banker?“	Hierschel kann sich „wahrhaftig nicht vorstellen“, dass Jörg Asmussen die „Deutsche Bank“ besser führen würde als Josef Ackermann. Sodann weist Hierschel darauf hin, dass in Deutschland ein adäquater „Ordnungsrahmen“ für die Tätigkeit der Banken nicht vorhanden sei.	
15	34:08	3'54"		Kauder erläutert (ungefragt), „unser System“ werde durch die Hilfsmaßnahmen für die Banken stabilisiert, es würden „wieder Anreize für neues Vertrauen“ gesetzt. Auf Nachfrage von Lafontaine erklärt Kauder, nunmehr für eine Regelung von Managergehältern und Managerhaftung einzutreten. Seitens der „Linken“ habe es bisher „keinen	Kauder sähe es wohl gerne, wenn sich die Aktivität der Bundesregierung auf die Sanierung der Banken beschränken würde. Ein Wille, nun entschlossen auf eine weltweit gültige Regulierung der Finanzmärkte hinzuwirken, ist bei Kauder nicht festzustellen. Was er möchte, ist ein Handeln „im nationalen Bereich“ in „europäischer Abstimmung“ (Nr.22 und Nr.25). Dass auf diese Weise den

				<p>einzigsten sinnvollen Antrag zur Stabilisierung des Finanzsystems“ gegeben. Kauder hoffe aber, Lafontaine werde in den nächsten Tagen im Bundestag mit „dabei“ sein.</p> <p>Kauder teilt abschließend mit, die Bundesregierung habe sich in der Vergangenheit mehrfach darum bemüht, die USA und Großbritannien davon zu überzeugen, dass auf internationaler Ebene „was getan werden“ müsse.</p>	<p>globalen Finanzmärkten nie und nimmer beizukommen ist, erkennt Kauder nicht oder er verschweigt es.</p> <p>Im Übrigen liegt es auf der Hand, dass die von Kauder vorgeschlagenen dürftigen Maßnahmen (hier und Nr.22) die Freiheit der Finanzmärkte nicht nennenswert tangieren.</p>
16	38:02	1'48"	<p>Etwas unvermittelt wird eine kurze Reportage vorgeführt zum Thema „Managerhaftung“ mit Stimmen aus dem Frankfurter Bankenviertel („Alles dummes Geschwätz!“; „Wir brauchen keine schärferen Gesetze.“ - „Warum?“ - „Haben wir schon!“).</p>		
17	39:50	2'20"	<p>„Herr Most, muss man der Politik auch Schuld geben an den Auswüchsen in den Finanzmärkten und [im] Bankenwesen?“</p>	<p>Most erklärt, dass die Finanzmärkte internationalen Regeln unterworfen werden müssen.</p> <p>Er hätte die Verstaatlichung der „Hypo Real Estate“ für richtig gehalten, die IKB hätte man „pleite gehen lassen“ sollen.</p>	<p>Leider bietet Most eine bequeme Handhabe, von dem zentralen Punkt (Regeln für die internationalen Finanzmärkte) auf ein unverfänglicheres Thema auszuweichen (Nr.18).</p>
18	42:10	0'50"	<p>„Wäre es besser gewesen, Herr Berger?“</p>	<p>Berger zufolge hätte die Verstaatlichung der „Hypo Real Estate“ eine „weitere unfähige Staatsbank in Deutschland generiert“. Eine Teilverstaatlichung, die zu einem Mitspracherecht des Staates als Aktionär führen würde, kann Berger sich dagegen vorstellen.</p>	
19	43:00	3'20"	<p>An Berger: „Kann man mehr Verantwortungsbewusstsein herbeisanktionieren?“</p>	<p>Berger meint, man könne allenfalls die in Deutschland bestehenden, bereits recht ausgeprägten Regelungen noch ausbauen, man könne „in Deutschland eine ganze Menge tun, um unser Ordnungssystem für Banken schon mal zu verbessern“.</p>	<p>Sind etwa Sanktionen, wie Will anzunehmen scheint, nur dann sinnvoll, wenn sie zu „mehr Verantwortungsbewusstsein“ führen?</p>

20	46:20	1'32"	Will stellt Lafontaine die gleiche Frage.	Lafontaine antwortet, der Ordnungsrahmen sei „eine Hilfe“. In Deutschland seien Kreditverbriefungen, Hedge Fonds und die Auslagerung von Risiken (Zweckgesellschaften), wie von der „Linken“ gefordert, zu verbieten.	Es bleibt Lafontaine vorbehalten, konkrete Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte zu machen (vergleiche den Kommentar zu Nr.15).
21	47:52	1'34"	Will fragt Lafontaine, ob er es bedaure, als Finanzminister die von ihm gewollten Maßnahmen nicht durchgeführt zu haben?	Lafontaine erwidert, Kreditverbriefungen und Zweckgesellschaften habe es damals noch nicht gegeben. Er unterbreitet weitere Vorschläge: Stabilisierung der Wechselkurse, Kontrolle des Kapitalverkehrs, Austrocknen der Steueroasen, das Verbot von Parteispenden seitens der Wirtschaft und eine „Millionärssteuer“, deren Aufkommen zur Stützung der Konjunktur verwendet werden solle.	Bei ihrer Zwischenfrage stellt die Anne Will einmal mehr die Stimmungsmache gegen Lafontaine über eine sachliche Diskussion. Lafontaine werden dann noch etwa 80 Sekunden zugestanden, um über die seiner Meinung nach notwendigen Reformen zu sprechen.
22	49:26	3'41"	„Herr Kauder! Sehr gute Vorschläge von Herrn Lafontaine, oder?“	Kauder hält Lafontaine vor, er habe die Möglichkeit gehabt, „im Amt zu bleiben und die Dinge umzusetzen“. Bedauerlicherweise sei „Basel II“ von den USA nicht umgesetzt worden. Hierin liege die Ursache der Immobilienkrise in den USA. Ein nationaler „Ordnungsrahmen“ sei nur sinnvoll, wenn andere Länder „mitmachen“. Sonst schneide man die deutsche „Realwirtschaft“ von Finanzierungsmöglichkeiten ab. Kauder macht den Vorschlag, BaFin und Bundesbank zusammenzulegen und auf europäischer Ebene entsprechend zu verfahren. Die Zertifizierung von Finanzprodukten sei auf nationaler Ebene nicht sinnvoll.	Statt sich nicht mit Lafontaines Vorschlägen auseinanderzusetzen, spricht Kauder Lafontaine nochmals publikumswirksam auf dessen Rücktritt an. Zu Kauders Vorschlag siehe Kommentar zu Nr.15.
23	53:07	1'30"	Befragt Kauder, wie er die Aussage des Bundesfinanzministers bewerte, eine Haushaltskonsolidierung sei nun	Kauder vertritt den Grundsatz, der Staat dürfe „keine Neuverschuldung machen“. Jedenfalls dürfe jetzt keine „Ausgabenpolitik“ kommen, die	Siehe auch oben Nr.5.

			nicht mehr möglich.	„wieder alles außer Rand und Band treibt“.	
24	54:37	2'20"	Fragt Hierschel, ob die Aussage des Finanzministers bedeute, dass „jetzt alles ins Rutschen gerät“.	Hierschel stellt dar, dass staatliche Interventionen bei einer Wirtschaftskrise die Tiefe und Dauer der Krise verringern. Er befürwortet einen Haftungsverband der europäischen Privatbanken nach dem Vorbild des deutschen Einlagensicherungsfonds. Hierschel geht nun auf die Ergebnisse der „Verteilungspolitik“ ein mit Steuersenkungen (Einwurf von Anne Will: „Herr Hierschel, wir haben nicht mehr so viel Zeit!“) und der Absenkung der Lohnquote.	
25	56:57	0'55"	„Herr Kauder, Sie dagegen!“	Kauder wendet gegen den vorgeschlagenen europäischen Haftungsverband ein, da müssten deutsche Anleger für die Spekulationsverluste von französischen oder isländischen Banken „haften“. Das von Kauder gewünschte „gemeinsame europäische Handeln“ ist für ihn ein Handeln „im nationalen Bereich“ in „europäischer Abstimmung“.	Kauder sagt nichts zu der von Hierschel angesprochenen Problematik der Verteilungsgerechtigkeit. Es stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage Kauder annimmt, dass bei einem europäischen Haftungsverband die deutschen Anleger haften würden. Zu dem „gemeinsamen europäischen Handeln“ siehe Kommentar zu Nr.15.
26	57:52	1'41"	Anne Will dankt für die „gute Diskussion, die uns wirklich den Blick geöffnet hat dafür, an welchem Punkt sind wir jetzt. Wir hören ganz neue Sätze von Menschen, die vorher noch anders argumentiert haben und lernen etwas über Verstaatlichung. <i>Sowas kann man sich glatt vorstellen in Deutschland mittlerweile, einen Ordnungsrahmen, der auch auf Gerechtigkeit hört und sowas. [...]</i> “		Der hervorgehobene Satz fiel bei der Wiederholung der Sendung (Phoenix, 13.10.2008, 10:00 Uhr) dem Schnitt zum Opfer.